

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

27.5.1924 (No. 124)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Ausgaben sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verteilung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Beschlüsse übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

Demission der Reichsregierung

Die Folge eines Beschlusses der Deutschen Volkspartei
Das Reichskabinett hat am Montag abends 1/11 Uhr einstimmig beschlossen dem Reichspräsidenten seine Demission zu geben. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen und das Kabinett bis zur Bildung eines neuen mit der Führung der laufenden Geschäfte beauftragt.
Der Rücktritt erfolgte infolge des Scheiterns der Verhandlungen mit den Deutschnationalen und infolge der Haltung der Deutschen Volkspartei. Die Reichsregierung hatte am 6. Mai, zwei Tage nach den Verhandlungen, beschlossen, wenigstens bis zum Zusammentritt des Reichstags im Amte zu bleiben, weil sie die Führung der Geschäfte durch eine handlungsfähige Leitung gerade in diesen entscheidenden Wochen mit Recht für notwendig hielt. Sie entschloß sich jedoch zum Rücktritt, da die Deutsche Volkspartei bereits vor Erteilung der Antwort der Deutschnationalen an die Mittelparteien Montag nachmittags 5 Uhr folgenden Frazionsbeschluss veröffentlicht hatte:
„In ihrer heutigen Sitzung vom 26. Mai hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei entsprechend der bisherigen Haltung der Reichsminister Dr. Stresemann und Jarres einstimmig beschlossen, die Demission des Kabinetts zu fordern, um die Bahn frei zu machen für die verfassungsmäßige Aufgabe des Reichspräsidenten, eine den neuen parlamentarischen Verhältnissen entsprechende Regierungsbildung herbeizuführen.“
Die gescheiterten Verhandlungen unter den Parteien
Die letzten Auseinandersetzungen, zwischen den Deutschnationalen und den Mittelparteien, die sich Montag abend unabhängig von der eigentlichen Regierungskrise abspielten, hatten, wie zu erwarten war, ein negatives Ergebnis.
Die Erklärung der Mittelparteien zur Außenpolitik, die einstimmig angenommen und den Deutschnationalen bereits am Samstag überreicht worden war, betonte, daß die Bereitschaft Deutschlands zu der erforderlichen Steigerung in der Produktion und Übernahme der schweren Lasten niemals geschaffen werden könne, so lange das Schicksal von Vorkriegszeiten und ihrer Freiheit beraubten Deutschen die Nation lähmt und beunruhigt. Nach Hinweis auf Unstimmigkeiten und Widersprüche in dem Schwerkündigungsentscheidungen, die für eine reibungslose Durchführung nach verschiedenen Feststellungen und Kontrollen eine Lösung erforderlich, verlangt die Erklärung, daß bei den Beratungen über die zu verabschiedenden Gesetze, namentlich über die Gestaltung der Reichsbahn und der Währungsbank der maßgebende deutsche Einfluß und die Führung der Unternehmungen sichergestellt werden. Das Gutachten, dem die genannten Parteien nur mit den Vorbehalten zustimmen können, die sie bezüglich seiner Durchführbarkeit gemacht haben, muß als ein unteilbares Ganzes auch von den übrigen Nationen anerkannt werden. In der Erklärung heißt es zum Schluß: „Die Lösung der Reparationsfrage durch das Gutachten bedeutet die Wiederherstellung aller vertragsmäßigen Rechte des deutschen Reiches und damit die Freiheit der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete und Gewährleistung der Rechtssicherheit für deren Bewohner. Die unterzeichneten Parteien sind sich einig in dem starken nationalen Willen, die Regierung bei einer nach den vorstehenden Grundsätzen geleiteten Außenpolitik zu unterstützen und sich für die Durchführung der zu diesem Zweck erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen einzusetzen.“
Die am Montag abend überreichte Antwort der Deutschnationalen, deren Wortlaut nicht vorliegt, war ausweichend. Sie erinnerte an die bereits erfolgte Nominierung des Großadmirals v. Tirpitz als die einzige Persönlichkeit für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung und enthält Vorschläge für eine Einigung zwischen den für eine Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien. Eine gewisse Kontinuität mit der abtretenden Regierung solle gewahrt werden. Die deutschnationalen Fraktion dürfe aber die deutschen Interessen nicht mit gebundenen Händen dem Auslande gegenüberstellen.
Sogleich nach Überreichung der Antwort am Montag abend 8 Uhr traten die Führer der Mittelparteien zusammen. Während die Demokraten und das Zentrum der Meinung waren, daß mit der Antwort der Deutschnationalen, die eine Ablehnung der Forderungen der Mittelparteien darstellt, die Verhandlungen mit den Deutschnationalen abgebrochen seien, glaubten die Vertreter der Deutschen Volkspartei aus dem Wortlaut der deutschnationalen Erklärung auf die Möglichkeit weiterer Verhandlungen schließen zu können.

Der neue Reichstag
Der neue Reichstag tritt heute nachmittags um 3 Uhr zusammen. Die erste Sitzung wird nur dem Namensaufruf der Abgeordneten gewidmet sein, der unter der Leitung des Alterspräsidenten vor sich geht. Als Alterspräsident wird voraussichtlich der sozialdemokratische Abgeordnete von Göttingen fungieren. Ob die Reichstagswahl selbst schon am morgigen 28. Mai, am Tage vor Simeonsfest, stattfinden kann, ist noch fraglich, da sie unter Umständen mitbeeinflusst wird von dem Gange der Regierungskrise und so

vielleicht noch längere Verhandlungen der Fraktionen notwendig macht. Wie bekannt, haben die Deutschnationalen den Anspruch auf die Befreiung des Reichspräsidenten erhoben, da sie nach dem Hintertritt der Landtagsabgeordneten mit 103 Mitgliedern und 2 Hospitanten (Sachs und Dr. Marek) die stärkste Fraktion sein werde. Auf der anderen Seite wird in einzelnen parlamentarischen Kreisen der Wunsch vertreten, auch im neuen Hause die Leitung der Verhandlungen dem bisherigen Reichspräsidenten überzugeben, dessen Amtsführung in den letzten vier Jahren von der Sympathie wohl aller Parteien getragen war. Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion besteht, wie wir hören, eine ziemlich scharfe Strömung, die dafür plädiert, daß im neuen Reichstag die Befreiung des Reichspräsidenten nicht schematisch nach der politischen Bedeutung der Parteien erfolgt, sondern der politischen Haltung der Parteien Rechnung trägt und daß deshalb Löbe wieder als Kandidat für die Präsidentschaft aufgestellt werde.

Aus den Parteien
„Laut „Germania“ kam in einer Tagung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei folgende Willensmeinung zum Ausdruck: Die Zentrumspartei muß in der gegenwärtigen Lage die Verantwortung für die gegenwärtige Lage der Republik übernehmen und die Verantwortung für die gegenwärtige Lage der Republik übernehmen und die Verantwortung für die gegenwärtige Lage der Republik übernehmen.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Montag neu konstituiert. Als Vorsitzende wurden die Abgeordneten Müller-Franke und Dittmann wiedergewählt. Außerdem wurden alle Vorstandsmitglieder wiedergewählt, die schon dem vorigen Reichstag angehört haben, wie Scheidemann, Weiss, Löbe, Crippien, Hoch, Silberbrand, Breitscheid und Frau Juchacz.
Die Fraktion der nationalsozialistischen Freispartei sprach am Montag der Reichsregierung ihr Mißtrauen aus und verlangte umgehend den Rücktritt eines Reichspräsidenten. Ferner wird die Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik und des Staatsgerichtshofes, sowie Nachprüfung der Urteile des Staatsgerichtshofes durch ordentliche Gerichte gefordert. Ein weiterer Antrag verlangt schließlich die Ausweisung sämtlicher seit August 1914 zugewandener Angehöriger der jüdischen Rasse aus Deutschland, die teilweise Vermögenskonfiskation und Unterstellung aller Angehörigen der jüdischen Rasse unter Sondergerichte.

Dr. Schacht über die deutsche Währungs-

politik
Eine am Sonntag in Hamburg veranstaltete Kundgebung des Landvolkes hob sich durch die Mitwirkung der beiden führenden Währungspolitiker Deutschlands und Österreichs, des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und des Präsidenten der österreichischen Nationalbank Minister a. D. Reisch, weit über den Rahmen einer der üblichen Kongressveranstaltungen hinaus.
Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab in einem Referat eine überzeugende Verteidigung der gegenwärtigen deutschen Währungspolitik. Rediglich die drakonischen Maßnahmen der letzten Zeit hätten die Spannungen zu beseitigen vermocht, denen die Rentenmark zeitweilig ausgesetzt gewesen sei. Ein anderes Mittel, die Inflation zu verhalten, gebe es nicht. Aber sowohl eine neue Inflation wie die heutige Politik der Kreditverdrängung müßte auf die Dauer zum Zusammenbruch führen. Die Inflation bringe nur ein schnelleres und schmerzlicheres Ende. Doch auch die Hungerkrisis der deutschen Wirtschaft führe schließlich zu genau demselben Ende, wenn uns nicht in absehbarer Zeit eine Erlösung werde. Immerhin werde die Kreditverdrängung die Gefahr, für die Inflation einzufließen. Die Psychologie des Volkswirtschafts an den Sachwerten, den Warenbeständen, müsse unter allen Umständen verhindert werden.
Der Preisabfall müsse kommen. Es sei richtig, die Ware am Anfang dieser Bewegung zu verkaufen als später, wo sie durch hohe Zinssätze noch verteuert sei. Befreiung bedeute heute nichts, Erwerb alles. Die Rentenbank sei letzten Endes kein Kreditinstitut, sondern diene zur Regelung des Zahlungsverkehrs. Selbst wenn sie Rentenmark geben wolle, sei sie heute nicht mehr dazu in der Lage. Die Rentenbank sei mit ihren Mitteln am Ende. 1200 Millionen Rentenmark seien an den Staat gekommen, von den übrigen 1200 Millionen sei bis auf 300 Millionen alles ausgegeben, und diese müßten als letzte Reserve für die Zahlungen auf Girokonto und für eine etwaige noch stärkere Zuspitzung der Krise im Hinterhalt bleiben. Auch in der Ausgabe von Papiermark könnten wir nicht weiter gehen, da der Papiergeldumlauf heute schlechter gedekt sei als im Frieden. Von unseren 450 Millionen Mark Gold siehe für die Deckung des Papiergeldumlaufes nur etwa die Hälfte zur Verfügung, während die andere Hälfte für die Einlösung der Dollarhöfe in Gold verblichen müsse. Sicherlich seien gerade die solchen Firmen durch das willkürliche Abschneiden der Kredite am 7. April vielfach geschädigt worden. Hier gelte es, einen Ausgleich zu schaffen. Eine Erhöhung des Diskonts sei schon deshalb nicht in Betracht zu ziehen, weil die Rentenbank außerordentlich große Kredite, mehr als 800 Millionen Mark, in die Landwirtschaft hineingegeben habe. Die Bereitschaft des Auslandes, uns Kredite zu geben, sei sehr groß, aber die Zahl der soliden Kaufleute, die in Auslandsanleihen zurückzahlen könnten, sei um so kleiner. Die Goldbestände könnten viel mehr Kredite bekommen, als sie zu placieren vermöge. Nicht ihre Basis sei zu schmal, sondern die Basis unseres Exportgeschäfts. Alles komme darauf an, daß wir mit oder ohne Nutzen wieder ins Ausland exportieren. Nicht kurze Auslandskredite, sondern langfristige Auslandsinvestitionen fehlten uns. Die aber würden erst kommen, wenn wir auf Grund des Dawesgutachtens eine Stabilisierung aller Verhältnisse in Europa erreicht hätten. Dann würden auch die deutschen Agrarpfandbriefe im Ausland zu placieren sein und der Geldkettenbruch werde aufhören. Der Zahlungsmittelumsatz, der am 1. Januar 1923 2703 Millionen Mark betragen habe, hätte auf diesen Stand zurückgebracht werden können, obwohl er am 1. April auf 3063 Millionen Mark gestiegen sei. Auch der Umlauf von Notgeld und Gelbanleihe sei um 900 Millionen auf 257 Millionen zurückgedrängt worden. Die ungünstigen Wirkungen der heutigen Krise seien mehr oder weniger zwangsläufig. Inflation vermeiden, heiße den Geldumlauf niedrig halten. Die einzige Lösung sei auf Grund des Sachverständigengutachtens möglich. Eine nationale wirtschaftliche Erleichterung sei nur im Rahmen eines großen internationalen Wirtschaftsoverlehfs denkbar und darum der friedliche Ausgleich mit den Wirtschaften der anderen Völker so bald wie möglich anzustreben. Der Präsident der österreichischen Bank, Minister a. D. Reisch schilderte dann die Sanierung Österreichs.

Der Kampf im Bergbau
Noch kein Ergebnis der Einigungsverhandlungen
Berlin, 27. Mai. Die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung des Bergbaukonfliktes führten, wie die Blätter melden, zu keinem Ergebnis. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden.
Der preussische Handelsminister Siering bezeichnete im preussischen Landtag den Konflikt im Ruhrbergbau als die Folge der Ricumverträge, durch die nur etwa 61 Prozent der geforderten Kohlen gegen Entgelt abgesetzt werden können. Der gesamte Ruhrbergbau müßte nach den Angaben des preussischen Handelsministers seit der Geltung des Ricumabkommens eine halbe Milliarde Goldmark Schulden aufnehmen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer leiden gleichermaßen unter dem Ricumabkommen. Eine dauernde Beilegung des Konflikts im Ruhrbergbau könne nur von der Befreiung des Ruhrreviers von der unerträglichen Belastung des Ricumabkommens erwartet werden.
Die technische Nothilfe im Bergbau
Im Bergbau selbst, wo der Arbeitskampf nun schon fast drei Wochen anhält, wurde bisher die Technische Nothilfe nicht eingeführt. Dagegen fanden auf zwei Tagen Einsätze statt. So ist die Technische Nothilfe seit dem 7. Mai immer noch in der Kohlerei der Zeche Radbod bei Hamm mit etwa 150 Mann tätig, um die Ferngasversorgung der beiden Städte Hamm und Münster sicherzustellen; auch der Einsatz auf der Kohlerei der Zeche Berne unweit von Radbod, wo 25 Nothelfer mit der Wärmehaltung der Ofen beschäftigt sind, hält unverändert an.
Die jetzige Bewegung im Bergbau ist hinsichtlich der Zahl der Beteiligten, die auf über 600 000 Bergarbeiter allein beziffert wird, eine der größten, die Deutschland bisher gesehen hat. Wenn sich auch die Folgen noch nicht ganz übersehen lassen, so dürften sie wohl kaum sehr gering sein. Allein der tägliche Produktionsausfall im Ruhrgebiet wird auf 8 bis 9 Millionen Goldmark geschätzt, was einen beträchtlichen Verlust der Volkswirtschaft darstellt. Abgesehen davon, traten im Verlaufe der Bergarbeiterbewegung weitere schädliche Folgen ein, indem nicht nur die von der Kohlenbelieferung abhängigen großen Betriebe zu Betriebserschütterungen bzw. Stilllegungen schreiten mußten, wodurch das Heer der Arbeitslosen sich bedeutend vermehrte, sondern auch die Abwehrrückfahrt in Mitteldeutschland gezogen wurde.
Der Verlauf der Bewegung war nicht immer und überall so, wie es im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen hätte. Im Bergbau spielt die Frage der Beseitigung der Notstandsarbeiten bekanntlich eine Hauptrolle. Wenn die Wasserhaltungsarbeiten, die dringendste Notstandsarbeit im Bergbau, unterbleiben, ist die Ausführung aller übrigen Notstandsarbeiten unmöglich gemacht und die Grube dem Erlaufen preisgegeben. Das der Grube zufließende Wasser wird nicht mehr ausgepumpt, es sammelt sich im Zeitraum von wenigen Stunden zu einer Anzahl von Kubikmetern, steigt schnell höher und höher, der Seilbahnantrieb, die Lokomotiven, Förderhaspel, die elektrischen Maschinen usw. werden unter Wasser gesetzt, die Stollen stürzen ein, der Wetterstromkreis ist unterbrochen, jegliche Wetterführung hört auf, die Wartung und Pflege der Grubenpferde muß unterbleiben, kurz, die ganze Grube verfällt der Zerstörung zum Nachteil des in ihr tätig gewesenen, zunächst ohne Beschäftigung dastehenden Arbeiters und darüber hinaus zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft. Trotzdem die vier Bergarbeiterverbände sich für die Durchführung der Notstandsarbeiten ausgesprochen haben, war es in den meisten Fällen nicht möglich, solchen Beschlüssen zur Wirksamkeit zu verhelfen, indem auch die arbeitswilligen Bergarbeiter dem Terror radikaler Elemente weichen mußten. Dem Eingreifen der technischen Angestellten und Beamten allein, die sich auf Aufforderung zur Beseitigung der Notstandsarbeiten zur Verfügung stellen, ist es im allgemeinen zu verdanken, daß die Gruben vor dem Erlaufen bewahrt werden konnten. Was wäre geworden, wenn auch die Hilfe der Angestellten ausgefallen wäre? Wir wollen man für die Zukunft vorzugen, um für alle Fälle die Notstandsarbeiten in den Gruben zu sichern.

Am 27. Mai. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ hat die Direktion des Phönixwerkes durch Anschlag bekannt gemacht, daß sie sich wegen Kohlenmangels gezwungen sehe, das Stahl- und Walzwerk stillzulegen. Von dieser Maßnahme werden 3000 Arbeiter betroffen.

Politische Neuigkeiten

Eine Genfer Konferenz zum Sachverständigenbericht?

London, 27. Mai. Der „Morningpost“ zufolge beabsichtigt Macdonald an der Völkerbundsversammlung teilzunehmen, die im September in Genf tagen wird, um eine Darlegung der britischen internationalen Politik zu geben. Sollte Macdonald diese Absicht ausführen, so sei es wahrscheinlich, daß sich auch Herrist, falls er französischer Ministerpräsident werden sollte, nach Genf begeben würde, und daß auch die Regierungschefs anderer Staaten Wert darauf legen würden, an der Völkerbundsversammlung selbst teilzunehmen. In diesem Falle würde es möglich sein, daß Genf zum Zusammenkunftsort einer großen Konferenz von Staatsmännern würde, die versuchten, ein auf dem Sachverständigenbericht gegründetes Programm durchzuführen.

Herrist zur Ruhrfrage

Wien, 27. Mai. In einer Unterredung mit dem Pariser Vertreter der „Neuesten Freien Presse“ erklärte Herrist, in der Ruhrfrage stehe er vollkommen auf der Grundlage des Berichts des Generals Dames. Er sei sich klar darüber, daß die Wiederherstellung der Einheit des Deutschen Reiches, vor allem die Beseitigung der inneren Zollschranken und die Aufhebung aller derartigen Einrichtungen den nötigen, die der wirtschaftlichen Einheit hinderlich sein können. Was die Ruhrbesetzung anlangt, so könne er natürlich keinen Zeitpunkt der Räumung angeben. Sein Gefühl, sagte Herrist, muß sich den Interessen seines Vaterlandes unterordnen. Darum kann diese Frage erst am Verhandlungstisch gelöst werden.

Wahlen u. Gefahr von Unruhen in Brasilien

Aus Rio de Janeiro wird uns geschrieben: Die einzelstaatlichen Wahlen für die Landtage in den brasilianischen Bundesstaaten sind im allgemeinen ruhig verlaufen — im Staate Rio Grande do Sul finden sie erst im Mai statt —, nur in den großen Staaten Rio und Bahia ist es zu starken und noch nicht erledigten Meinungsverschiedenheiten gekommen, und in Rio Grande do Sul treten noch schärfere Gegensätze zutage.

In Rio standen sich als Kandidaten für den Senat der bekannte Volkstribun Yreueu Machado — früher ein ausgeprägter Deutscherfeind, der aber seit etwa einem Jahre zu besserer Einsicht gelangt ist — und der von der Bundesregierung eifrig unterstützte Dr. Mendes Tavares gegenüber. Trotz aller Bemühungen der Regierung ist aber Machado, der sich großer Popularität erfreut, mit erheblicher Stimmenmehrheit aus dem Wahlkampf als Sieger hervorgegangen. Der offizielle Apparat aber arbeitet an der Kränkung der Wahl mit der Behauptung, daß große Betrügereien vorgekommen seien und deshalb die Wahl für nichtig erklärt werden müßte. Bei der großen Volkstümlichkeit, die Yreueu Machado genießt, könnte es bei einer Neuwahl sehr wohl zu unangenehmen Zwischenfällen kommen.

Noch verworrener ist die Lage im Staate Bahia. Dort ist der Kandidat der von dem Gouverneur Seabra geleiteten Staatsregierung, ein Dr. Leoni, gegenüber dem von der Bundesregierung unterstützten Oppositionskandidaten Calmon durchgefallen. Calmon wurde auch durch den Staatskongreß als Gouverneur für gewählt erklärt. Wenn aber trotzdem Seabra seinem Kandidaten Leoni die Staatsregierung übertragen sollte — was er beabsichtigt —, so könnte es in Bahia zu bedenklichen Verwicklungen kommen. Um derartigen Verwicklungen vorzubeugen, hat die Bundesregierung Bundesstruppen nach Bahia entsandt, wogegen Seabra als gegen einen Eingriff in die staatsrechtlichen Angelegenheiten protestiert hat. Seabra scheint entschlossen zu sein, seine Machtstellung gegen eine Intervention der Bundesregierung mit Waffengewalt zu verteidigen.

Für Deutschland von ganz besonderem Interesse sind die Zustände in Rio Grande do Sul wegen der sehr großen Zahl der deutschen Kolonisten in diesem Staate. Bekanntlich haben dort Jahr und Tag Kämpfe zwischen den „Vorgisten“, den Anhängern des gegenwärtigen Staatspräsidenten Vargas, und den „Affixisten“, den Anhängern seines Gegners Affix, stattgefunden, die vor wenigen Monaten durch die Intervention des Bundeskriegsministers beigelegt worden sind, sehr zur Freude der deutschen Kolonisten, die bei diesen Kämpfen schweren Schaden erlitten hatten. Leider machen die im Mai bevorstehenden Wahlen den Ausbruch neuer Unruhen recht wahrscheinlich. Die Affixisten, die im Besitze ihrer Waffen geblieben sind, sollen für 200 Contos (1 Conto = 1000 Milreis) Waffen gekauft haben. Die Regierungstruppen sind ihnen allerdings an Nacht, Waffen, Munition und Geldmitteln überlegen.

So steht die Bundesregierung möglicherweise vor schweren Entscheidungen. Dies ist um so bedauerlicher, als die finanzielle Wiedergewinnung Brasiliens bei einer neuen Belastung durch innere Unruhen und deren Wirkungen auf Handel und Wirtschaft sehr in Frage gestellt wird. Dazu kommt, daß die Autorität des Bundespräsidenten durch etwa notwendige Interventionen in einzelnen Bundesstaaten sehr erschüttert werden würde. Der Präsident, anerkanntermaßen ein Mann von tadellosem Charakter und besten Absichten, ist ohne hin schon infolge der langen Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und der Härten des Pressgesetzes schweren Angriffen ausgesetzt. Deswegen läge es sowohl im innerpolitischen wie im wirtschaftspolitischen Interesse Brasiliens, wenn die drohenden Unruhen in Bahia und Rio Grande do Sul und vielleicht sogar im Staate Rio selbst vermieden werden könnten.

Kurze Nachrichten

Der Deutsche Beamtenbund zur Befolgsneuregelung. Nach einer Mitteilung des Deutschen Beamtenbundes haben die Spitzenorganisationen der Beamten die von der Regierung vorgeschlagenen Neuregelung der Beamtengehälter abgelehnt und sich alle weiteren Schritte vorbehalten. Die sofort eingeleiteten Besprechungen der Organisationen über die zu ergreifenden Maßnahmen wurden gestern zum Abschluß gebracht.

Der Reichstagsausschuß zur Überwachung des Personalabbaus hielt am Montag seine Schlusssitzung ab. Nach der Erledigung zahlreicher Petitionen ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung, ab 1. Oktober 1924 die Personalabbauregung in ihren Hauptartikeln aufzuheben und etwa noch infolge von Verteilungsvereinbarung nötig werdende Personalverminderung durch Wegfall frei werdender Stellen durchzuführen.

Die Technische Rothhilfe in der Landwirtschaft. Der Einfluß der Technischen Rothhilfe in der ostpreussischen Landwirtschaft hält nach einmonatiger Dauer noch immer an. Die Zahl der Güter, auf denen die Technische Rothhilfe zur Ausführung der von den zuständigen Behörden als lebenswichtig anerkannten Notstandsarbeiten eingesetzt war, hat sich in den letzten Tagen von 400 auf 127 verringert. Dementsprechend ist auch die Rothhelferzahl von 2000 auf 729 zurückgegangen.

Die Hochschulgebühren. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ hat der Vorsitzende der deutschen Studentenschaft für nächsten Dienstag eine Tagung der Vertreter der Studentenschaft von allen deutschen Hochschulen einberufen, die sich mit der Frage der Hochschulgebühren befassen sollen.

Kommunistenverhaftungen in München. In München hat die Polizei einen kommunistischen Parteitag ausgeschrieben. Die 62 Festgenommenen werden sich wegen Fortführung der in Bayern verbotenen kommunistischen Partei und Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung zu verantworten haben. Unter den Verhafteten befinden sich drei Landtagsabgeordnete und zwei Reichstagsabgeordnete.

Die Gemeindevahlen im Freistaat Danzig. Nach einer Meldung des „Lokalanz.“ aus Danzig, ist bei den Gemeindevahlen im Gebiete der freien Stadt Danzig für fast alle Gemeindevahlbezirke eine bürgerliche Mehrheit erzielt worden. In Poppo haben die Polen von ihren bisherigen drei Mandaten zwei verloren.

Die Lage der Regierung Macdonalds. Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ meldet, wenn die Regierung bei der Abstimmung über das Gehalt des Arbeitsministers am Donnerstag geschlagen werden sollte, so werde Macdonald zurücktreten oder dem König raten, das Parlament aufzulösen, damit so an das Land appelliert werden könne. Ein Beschluß in dieser Richtung sei bereits von den Häuptern der Parteien gefaßt worden.

Der König und die Königin von Italien sind in London angekommen, wo sie vom englischen Königspaar empfangen wurden.

Die Saarfrage. Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, die englische Regierung habe daran gedacht, die Saarfrage zur Sprache zu bringen. Mehrere Mitglieder der Regierung schienen geneigt, eine Verminderung der französischen Truppen und eine Verstärkung der lokalen Gendarmerie zu verlangen. Man werde jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach die nächste Völkerbundsversammlung abwarten, der Macdonald selbst beiwohnen wolle.

Die englischen Luftstreitkräfte. „Westminster Gazette“ veröffentlicht neue Pläne betreffend die Organisation der Luftstreitkräfte in England, die 600 Frontflugzeuge und dazu gehörige Reserveflugzeuge umfassen. England werde nach Art der militärischen Kommandobezirke in Bezirke eingeteilt werden. In einem Jahre würden auch zwei neue Flugstationen hergestellt sein.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die Landwirtschaft im Haushaltsausschuß

Als letzten Titel beim Etat des Ministerium des Innern erledigte der Haushaltsausschuß in seiner Sitzung am 23. Mai „Landwirtschaft und Ernährung“.

Berichterstatter Staatsrat Weisshaupt stellte zunächst die geschäftsordnungsmäßige Frage, ob im Zusammenhang mit der heutigen Beratung gleichzeitig die Denkschrift der bad. Landwirtschaftskammer mitberaten werden soll. Nach längerer Aussprache einigte sich der Ausschuß dahin, diese Denkschrift besonders zu behandeln und bestimmte hierfür einen besonderen Berichterstatter, Abg. Dr. Mattes (lib. Volkspartei).

Zum Berichterstatter für das verteilte Gebäude-Sondersteuergesetz (Mietssteuergesetz) wurde Abg. Rüdert (Soz.) bestimmt.

In der nun folgenden Einzelberatung erkannte u. a. auch der Vertreter des Landbundes an, daß das Ministerium des Innern bemüht war, die landwirtschaftlichen Positionen gut zu dotieren. Ebenso tat dies der Vertreter der lib. Volkspartei und auch die Sprecher der anderen Parteien. Es wurde auch von allen Seiten begrüßt, daß insbesondere für den Betrieb der landwirtschaftlichen Schulen, Lehr- und Versuchsanstalten wieder reichlichere Mittel bereit gestellt werden konnten.

Von verschiedenen Seiten wurde insbesondere darauf verwiesen, daß die badische Landwirtschaft, durch ihre Kleinparzellenwirtschaft, sehr viel rückständiger und leistungsunfähiger sei, wie andere Teile des Reiches, oft nur zur Hälfte leistungsfähig wie Preußen.

Von Zentrumsseite wurde auch die Anregung gegeben, die Anteilbarkeit der Güter von der Größe von 9 Ar auf 18 Ar zu erhöhen, um eine rationelle Wirtschaft zu ermöglichen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde auf den Gegensatz zwischen Friedens- und Kriegstatistik über die landw. Produktion und Ausbaulächen verwiesen.

Über den Mangel einer rationellen Betriebsführung bei den badischen Mittel- und Kleinlandwirten herrsche Übereinstimmung in allen Kreisen.

Der kommunistische Sprecher wollte die abgegebenen Stimmen in ländlichen Kreisen für die SPD. dahin deuten, daß die badische Landwirtschaft einzulösen beginnt, daß keine Partei für die Landwirtschaft eintritt und damit ihren Zielen, die er näher erörterte, einverstanden sei.

Der Ausschuß wendete sich nun der Beratung der zu dem Titel Landwirtschaft vorhandenen Anträge zu.

Der Antrag des Landbundes, die badische Milchverordnung aufgehoben, wird mit 10 zu 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Das Zentrum brachte einen neuen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, nach Erscheinen einer neuen Milchverordnungsordnung, die bereits im Entwurf vorliegt, diese Verordnung im freihetlichen Sinne anzuwenden.

Dieser Antrag wurde mit 8 gegen 5 Stimmen, bei 4 Enthaltungen angenommen.

Der weitere Antrag des Landbundes, die Steigerung der Milchproduktion betr. wurde mit einer kleinen Ein-

schränkung, mit gleichem Stimmenverhältnis wie der Zentrumsantrag angenommen.

Damit war die Einzelberatung, somit der Gesamtetat des Ministerium des Innern erledigt, und wurde dieser Etat in der Gesamtabstimmung mit 10 zu 1 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, angenommen.

Kreditnot — Hohe Fleisch- u. Brotpreise

Sicherem Vernehmen nach beschäftigt sich man z. Bt. im Ministerium des Innern mit der Frage des allzugerungen Preisabbaues für Lebensmittel. Viehpreise, wie die Preise für Getreide und Mehl im Großhandel, zeigen seit einiger Zeit fallende Tendenz. Die Anfuhr von Schlachtvieh auf den städtischen Viehmärkten des Landes ist an manchen Tagen weit stärker als die Nachfrage. Fast an jedem Markttag ergeben sich Überstände. In Erwartung einer guten Ernte und beeinflusst von dem weichenden Frankenturs weichen auch die hohen Handelspreise für Getreide und Mehl. Während z. B. nun die Detaillistenpreise für Fett, im Hinblick auf die weichende Tendenz im Großhandel, zurückgehen, wollen sich die Bäcker und Metzger zu einer ausreichenden Preisherabsetzung nicht herbeilassen. Die während der Inflationsperiode eingeführte Praxis der Zurückhaltung von Waren, die in mancherlei Hinsicht noch entrichtbar war, wird leider jetzt in der Zeit allgemeiner Kreditnot noch eingehalten, obwohl hierdurch erneut die Gefahr allgemeiner Geschäftsstockungen hervorgerufen wird. Die Geschäftswelt beklagt sich über die Politik der Kreditrosselung ohne zu beachten, daß ohne drakonische Maßnahmen zur Stabilisierung der Rentenmark eine neue Inflationsperiode bereits wieder heraufbeschworen wäre. Die jetzt bestehende Kreditnot birgt zweifelsohne auch eine Gefahr zum wirtschaftlichen Zusammenbruch in sich, weshalb die Mobilmachung für wirtschaftliche Kredite seitens der dazu berufenen Reichsorgane das dringende Gebot der Stunde darstellt. Wenn aber die Warenbestände nicht herausgegeben werden, was durch einen Preisabbau erreichbar ist, wenn nicht wieder als Geschäftspraxis die Übung mit geringerem Verdienst zufrieden zu sein, um den Absatz zu erhöhen, was greift, dann schließt auch verstärkte Kreditgabe an die Wirtschaft nicht vor dem Zusammenbruch. Mit der Herabsetzung der Warenpreise gelangen die Warenvorräte in Umlauf, wodurch vermehrte Geschäftstätigkeit einsetzt. Für die große Volkswirtschaft ist allerdings auch die Steigerung der Warenpreise erforderlich; aber diese ist ebenfalls, wenn auch zum geringeren Teil, durch eine Gesundung der Innenwirtschaft behebbar.

Der Preisabbau ist somit das Problem der gegenwärtigen Zeit. Leistet die Geschäftswelt einem gerechtfertigten Preisabbau weiterhin Widerstand, dann bleibt der Staatsmacht gar nichts anders übrig, als aufs neue mit behördlichen Maßnahmen in die freie Wirtschaft einzugreifen. Im vorliegenden Spezialfall wird, wie wir vernehmen, das Ministerium des Innern mit den zuständigen Ständesorganisationen ins Benehmen treten; es wird außerdem bei den zuständigen Reichsorganen über diese Angelegenheit Vorstellung erheben. Zweck unserer Zeilen ist, die Aufmerksamkeit der Geschäftswelt, auf dieses Problem, als eines derjenigen zu lenken, deren Lösung nicht mehr hinausgeschoben werden kann, wenn nicht eine neue schwere Krisis für das deutsche Volk in Kauf genommen werden will.

Aus dem evang. Kirchendienst

Von der Kirchenregierung wurde Pfarrer Ernst Julius Schulz in Karlsruhe-Wildburg zum Pfarrer der Mittelparzelle in Karlsruhe ernannt. In den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden Bauat Emil Döring, Vorstand des Evang. Kirchenbauamts Heidelberg, die Bauoberinspektoren Johann Martin Suber bei diesem Amt und Theodor Gams beim Evang. Kirchenbau, sowie Bauminister Albert Reis beim evang. Kirchenbauamt Heidelberg.

BÜCHERANZEIGE

Der große Bucherfolg!

120. bis 150. Tausend

Dr. med. Benno Koppenhagen Aus dem Tagebuche eines Thüringer Landarztes

Einige aus den vielen glänzenden Urteilen:

„Diese heiteren Erlebnisse des Landarztes sind so erfrischend und löstlich geschrieben. Man muß Tränen lachen!“

„Wir haben seit langem kein so köstliches Buch gelesen, bei dem wir so aus vollem Herzen gelacht haben.“

„Ein erfrischend lustiges, ja von Humor und Laune sprühendes Buch, in seinem elegant-humorvollen leichten Stil, in seiner Art, mit den Dingen und den Menschen zu spielen, einzig.“

Illustrierte Ausgabe
mit 20 köstlichen Bildern

Auf holzfreiem Papier in Halbkleinen
gut gebunden Mk. 4.—

Vorständig in allen Buchhandlungen od. dir. zu beziehen durch den

DREI SONNEN VERLAG · LEIPZIG

Georgring 3/5 · Postcheckkonto Leipzig 68544

Die neue badische Azetylenverordnung

Von Oberregierungsrat Gmelin, Karlsruhe

Am 10. April 1924 hat der Badische Arbeitsminister eine Verordnung erlassen über „Die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Azetylen sowie die Lagerung von Kalziumkarbid“ (Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 26 Seite 95). Sie ist im Verlaufe von 25 Jahren die vierte derartige badische Azetylenverordnung, ihre Vorgängerinnen waren die über „Herstellung und Verwendung von Azetylen“ vom 8. Januar 1898, sodann die über „Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Azetylen, sowie die Lagerung von Karbid“ vom 1. September 1905 und die mit gleichem Betreff vom 23. Oktober 1914.

Azetylen, von Davy 1830 entdeckt, entsteht, wenn Kalziumkarbid mit Wasser in Berührung kommt. Es ist ein gasförmiger Kohlenwasserstoff, der sich als Licht- und Wärmequelle ausgezeichnet eignet. Mit Luft gemengt, bildet es ein sehr explosibles Gasgemisch, das bei einer Temperatur von 480 Grad oder bei Entzündung explodiert. Die Explosionsgrenze für das Gasluftgemisch liegt im geschlossenen Gefäß bei etwa 2,5 Prozent bis 65 Prozent Azetylengehalt, die Festigkeit nimmt bei 2,8 Prozent bis 31 Prozent Azetylengehalt zu. Kupfer wird von Azetylen angegriffen.

Sobald eine technisch zweckmäßige Form für die Erzeugung von Azetylen gefunden war, fand es rasch dort Eingang, wo Gas- und Elektrizitätswerke fehlten. Je mehr sich jedoch die Elektrizitätsversorgung ausdehnte, desto mehr verlor Azetylen an Bedeutung für Beleuchtungszwecke, dagegen gewann es als Wärmequelle für technische Zwecke. Heute besitzt schon wohl jede mittlere Schloßerei ihren eigenen Azetylenapparat.

Falsche Aufstellung, ungeeignete Bauart der Apparate, unsachgemäße Handhabung durch unkundiges Bedienungspersonal sind die hauptsächlichsten Gefahrenquellen, auf die man durch schwere Unfälle, verbunden mit großen Sachschäden (siehe) Der Verband der deutschen Privatfeuerversicherungsgesellschaft empfahl deshalb bereits im Jahre 1896 den Erlaß von Sicherheitsvorschriften. Eine Aussprache beim Reichstagen Minister für Handel und Gewerbe im Jahre 1897, an der von Baden der Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe, Herr Geheimrat Dr. Bunte, teilnahm, führte zu einem Reichstagsbeschlusse, den der Reichskanzler den Bundesstaaten zum Erlaß möglichst gleichartiger Bestimmungen empfahl. Darauf wurde in Baden die Verordnung vom 8. Januar 1898 erlassen. Nach ihr mußte u. a. jeder, der nicht fabrikmäßig Azetylen herstellt oder verwenden will, spätestens bei der ersten Inbetriebnahme der Gasentwicklungsapparate dem Bezirksamte dies mitteilen. Die Entwicklung und Aufbewahrung von Azetylen durfte nicht in oder unter bewohnten Räumen und in Kellern erfolgen.

Es stellte sich im Laufe der Zeit heraus, daß die erlassene Verordnung keineswegs genügt, da sie die konstruktive Durchbildung der Apparate und die Lagerung von Kalziumkarbid so gut wie außer acht ließ. Sowohl der 1898 gegründete Deutsche Azetylenverein wie auch die Feuerversicherungsvereine wiesen auf Mängel der Verordnung hin. Nach längeren Verhandlungen kam ein neuer Entwurf zustande, den der Bundesrat annahm und auf Grund dessen alsdann die badische Verordnung vom 1. September 1905 herauskam. Sie war zwar eingehender durchgearbeitet als ihre Vorgängerin. Auch enthielt sie Forderungen über konstruktive Einzelheiten der Apparate, jedoch stieß man in der Praxis bei der Durchführung auf Schwierigkeiten. Es betraf sich mit dem Befehl der stets im Fluß befindlichen Technik nicht, sie in starrer Verordnungen hineinzugewängen. Es stellte sich deshalb bald das Bedürfnis nach größerer Beweglichkeit der technischen Vorschriften und eine raschere Verhandlung mit der Industrie über neue Bedürfnisse heraus. Unter Berücksichtigung dieser Einwendungen erwarb man eine Neufassung der Verordnung, bei der sich die Verordnung selbst nur auf verwaltungswirtschaftliche Bestimmungen beschränken sollte und die technischen, dem raschen Wandel der Bedürfnisse und Erfahrungen unterliegenden Vorschriften in eingehender Weise als bisher in einer besonderen Anlage zur Verordnung zu vereinigen, ihre Weiterentwicklung aber einer von den Bundesregierungen anerkannten Sachverständigenkommission zu übertragen. Aber diese Gedanken gingen schwebend verhandelt, die zu einem Beschlusse der Reichsregierung führten, der in Baden den Erlaß der Verordnung vom 23. Oktober 1914 aufhob. Diese Verordnung legte größeren Wert auf die Durchbildung der Apparate. Für einzelne Bauarten (für technische Zwecke) war eine „Typen“-prüfung vorgesehen durch die technische Aufsichtskommission der Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Azetylenvereins in Berlin. Sofern diese Prüfstelle eine Bauart als gut anerkannt hatte, konnte für diese die Zulassung in den einzelnen Bundesstaaten von den Herstellern beantragt werden. Auch diese Verordnung hatte ihre erheblichen Mängel. Das Zulassungsverfahren war für die Privatwirtschaft teuer und umständlich. Auch war im Laufe der Zeit die allgemeine Kenntnis der Bevölkerung über Azetylen und seine Gefahren fortgeschritten und die Durchbildung der Apparatebauart wesentlich vervollkommen, so daß eine Vereinfachung der Verordnung mit Recht gefordert werden konnte. Dies führte zu einem neuen Vorschlag der Reichsregierung, auf Grund deren die einzelnen Gliedstaaten ihre Verordnungen abänderten, so Baden in der vom 10. April 1924, die infolge der Anlagen ziemlich umfangreich geworden ist. Der Verordnung selbst sind als Anlagen beigefügt:

- a) Die technischen Grundsätze für den Bau und die Aufstellung von Azetylenanlagen.
- b) Die Prüfungsordnung für Azetylenentwickler und Wasser- oder andere Sicherheitsvorrichtungen.
- c) Ein Vordruck des Abstempelscheines.
- d) Ein Vordruck für die Abnahmebescheinigung.
- e) Gebühreordnung für die Untersuchungs- und Prüfstelle.
- f) Gebühreordnung für die Abnahmeprüfung von Azetylenanlagen.

Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen zu der Azetylenverordnung und ihren Anlagen sind ebenfalls als Anlage beigelegt. Die Verordnung selbst wird sich auf verwaltungstechnische Grundfragen und elementare, feststehende Grundbegriffe der Technik beschränken. Die der Entwicklung unterworfenen Techniken ist in der Hauptsache in den Bestimmungen der Anlage enthalten.

Tagung des Badischen Gemeindeverbandes

In dem festlich geschmückten Ringolsheim tagten am Sonntag der Verein Badischer Bürgermeister und der Verband Badischer Gemeinden, dessen 1. Vorsitzender der Ringolsheimer Bürgermeister und neugewählte Reichstagsabgeordneter Müller ist. Zugewogen waren u. a. Innenminister Kemmerle, sowie Vertreter des Justiz- und Arbeitsministeriums und des Badischen Städtebundes. Die badischen Bürgermeister behandelten hauptsächlich Stanzfragen, während der Gemeindeverband Stellung nahm zum

Steuer-, Finanz- und Wohnungswesen, zur Kapitalbeschaffung und Verwaltungsfragen, sowie zu den verschiedenen Gelegenheiten kommunalpolitischer Natur (Bürgerrechte, Gebäudeversicherung, Behördenabbau usw.). An die einzelnen Gegenstände schloß sich jeweils eine eingehende Aussprache, in die wiederholt auch der Minister des Innern eingriff, so um den Standpunkt der Regierung zur Wohnungswirtschaft und zur Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden darzulegen, wozu letztere eine größere Selbstständigkeit verlangen. Lebhaft besprochen wurde auch die Änderung der Grundbuchorganisation und dabei der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß man es bei dem bisherigen Zustande belassen möge. Mit dieser Frage wird sich noch der Landtag zu beschäftigen haben. Die Beschlüsse wegen der Elektrizitätsversorgung auf dem Lande sollen auch weiterhin mit Nachdruck an zuständiger Stelle vertreten werden.

Nach Erledigung der Regularien wurde zur **Neuwahl des Verbandes** geschritten. Da saksungsgemäß nur ein im Amt befindlicher Bürgermeister 1. Vorsitzender werden kann, legte Herr Müller diesen Posten nieder und an seiner Stelle wurde der bisherige 2. Vorsitzende, Bürgermeister Wengels-Gernsbach berufen. Die Wahl des 2. Vorsitzenden fiel auf Bürgermeister Ritter-Rohrbach. Altbürgermeister Müller wurde unter allseitigem Beifall zum Ehrenpräsidenten des Verbandes ernannt. Die Verhandlungen, die durchaus sachlich geführt wurden und auf einer ansehnlichen politischen Höhe standen, fanden ihren Niederschlag in mehreren einstimmig angenommenen Entschlüssen. Der Tagung wohnten auch eine größere Zahl von Landtagsabgeordneten bei.

Der Verband badischer Grund- und Hausbesitzervereine

Dem 100 Vereine mit etwa 25 000 Mitgliedern angehörig, hielt am Samstag und Sonntag in Baden-Baden seine 22. ordentliche Verbandstagung ab, die aus allen Teilen des Landes sehr stark besucht war. In der geschlossenen Mitgliederversammlung wurde der seitliche Vorstand mit dem Abg. v. Au als 1. und Reichstagsabgeordneter als 2. Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt.

Die öffentliche Verbandssammlung fand in Gegenwart des Oberregierungsrats Forst und Arbeitsministerium im großen Saal des Hotels statt und brachte Referate des Architekten Deines-Karlsruhe über Mietpreise und Zwangsversteigerung, sowie des Stadtb. Schwarz-Karlsruhe über die Abbaumaßnahmen und des Architekten Wiles über die Mietzinssteuer. Es gelangten noch lebhafter, zum Teil hürmischer Debatte, Entschlüssen zur Annahme, worin gegen die Vertiefung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe von der Mietzinssteuer und die Gestaltung der Mietpreise durch das Arbeitsministerium protestiert wird. Die Hausbesitzer verlangen, daß nicht nur 10 Prozent, sondern der ganze Ertrag der Mietzinssteuer dem Wohnungsbau zufließen und zwar der freien Wirtschaft und daß der Hausbesitzer eine angemessene Rente erhält. Die nächste jährige Tagung findet in Konstanz statt.

Ablenkung des Nord-Süd-Verkehrs von Baden nach Württemberg

In einer Aufschrift vom B. Romberg in Eßlingen an oberbadische Blätter wird auf die Bemühungen Württembergs hingewiesen, den Eisenbahnverkehr von Norddeutschland nach der Schweiz von Baden auf die württembergischen Linien abzulenken. In ganz besonderer Betonung wurde dabei — so heißt es in der Aufschrift — darauf hingewiesen, in welcher an anderen Verhältnissen gemessenen weitreichenden Weise oben die Querverbindungen von Friedrichsdorf nach der Schweizer Plämiß-Romanshorn und Rorschach ausgebaut werden und wie diese Schiffstürze gute Zufahrten von Norden, von Nordbaden, von Mannheim her haben. Es werde damit in großartigster Weise eine Verkehrspropaganda für die württembergischen Zufahrten mit der Schweiz getrieben, die nur auf Kosten des badischen Verkehrs gehen können, obwohl Württemberg nicht eine einzige so gute Zufahrt zur Schweiz hat, wie Baden, dessen beide Hauptlinien, die nach Basel und die Schwarzwaldbahn, gar nicht übertrifft werden können.

Es sei immerhin nicht ganz ohne Bedeutung, daß jetzt wieder gerade der nordbadische Verkehr nach Württemberg zu ziehen versucht wird, und daß in Württemberg Anstrengungen gemacht werden, um diese Verkehrsroute, die unter der Zeit Groeners ganz besonders gepflegt und geschäftlich wurde in einem Maße, daß Baden mit seinem Anspruch auf die Wiederherstellung seiner alten Verbindungen über die Schwarzwaldbahn — nicht ganz ohne eigene Schuld — ins Hintertreffen kam. Es sei noch in guter Erinnerung, wie in der ersten Nachkriegszeit, als es sich um den langsamen Wiederaufbau der durch den Krieg unterbrochenen rheinisch-badischen Durchgangsbahnen handelte, Württemberg es vorzüglich verstanden habe, die damals wieder geschaffenen durchlaufenden Schnellzüge von Baden ab und nach Württemberg zu lenken, dergestalt, daß von Baden lediglich der Nordteil mit Mannheim und Heidelberg durchfahren, dann aber von Bruchsal der Übergang nach Mühlacker-Stuttgart genommen wurde. Die alte Route Badens über den Schwarzwald nach Konstanz ging damals leer aus, und aus jenen Zeiten datiere die Richtung der direkten, über die badische Schwarzwaldbahn laufenden Hauptverbindungen zum Rheinland zum Bodensee. Aus jenen Zeiten rühre infolge Ausbleibens der direkten Verbindungen und der Zurückführung der Schwarzwaldbahn auf ein Stadium, das hinter den Anfängen dieser Bahn zurückblieb, das Stagnieren des einst blühenden Fremdenverkehrs der betroffenen Gebiete, die Kallstellung einer Stadt wie Konstanz, die zum kaum noch lebensfähigen Schlupfwind einer einstmals mit sieben Schnellzugsparen international bedienten Strecke verurteilt wurde. Es sei im allgemeinen die Auffassung auch heute noch nicht ausgefallen, daß damals man in Baden es verstanden hat, rechtzeitig den Anschluß zu finden.

Die Aufschrift weist dann auf die Verbesserung der Schiffsverbindungen Friedrichsdorf-Romanshorn und Rorschach in der Richtung Deutschland hin, über die treffliche Verbindungen aus dem Norden über Württemberg nach der Innenschweiz geschaffen wurden, denen gegenüber man sich vergeblich nach den Anstrengungen von badischer Seite frage. Die gegebene Linie über die Schwarzwaldbahn hinter noch vollkommener hinterdrein, und aus den alten Erwägungen über Nutzen des Verkehrs komme man nicht recht heraus, weil man sich scheue, den entscheidenden Schritt zu tun und dem Verkehr die Verkehrsbedingungen in kaufmännischem Denken zu bieten. Während auf badischen Strecken noch Erhebungen gemacht werden, ob auch wohl die Kosten eines Juges, der an sich gute Verbindung — und damit Verkehr — brächte, herauskommen, sei man in Württemberg schon im Jahre begriffen und ernte. Man höre heute in Baden nichts von einer zeitgemäßen Bedienung der Schwarzwaldbahn, ein bißchen Saisonverkehr sei mit vielen Schwierigkeiten und unter dem Druck der auffällig werdenden, schwer geschädigten Interessenten in Aussicht, darüber hinaus nichts! Nur verkehrswirtschaftlich, nicht international denken! Man höre in Baden nichts von einer Wiederaufnahme der Rheiner-Gürtelbahn für den Durchgangsverkehr, der Konstanz überginge, die früher direkt bis Chur gingen, hängen in der Luft, Schiffstürze gehen in Konstanz zur selben Minute ab, wo Jüge von Schwarzwald

einlaufen usw. usw. In den Kreisen der badischen Verkehrsinteressen verleihe man es nicht — so schließe die Rombergische Aufschrift —, daß es Württemberg so leicht gemacht werde, der besseren und bedeutenderen Verkehrsader am Rhein und über den Schwarzwald das Wasser abzugraden. „Freundnachbarlich, ohne Konkurrenz früherer einzelstaatlicher Bahnen, im Namen der Einheit der Reichsbahn.“

Wir können aus eigener Erfahrung hinzufügen, daß die Klagen wohl berechtigt und begründet sind und daß auch der innere Verkehr zu ähnlichen Aussetzungen Anlaß gibt, besonders, was die Bodenseegürtelbahn anlangt.

14. Bad. Brauertag

Der vom badischen Brauerbund der Klein- und Mittelbrauer einberufene 14. Brauertag fand in Lahe vom 14. bis 21. Mai statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Hauptversammlung, die von dem Präsidenten Ketterer-Hornberg geleitet wurde. An ihr nahmen u. a. Oberamtmann Hermann, Oberbürgermeister Dr. Alfelig-Lahr, Bucerius-Karlsruhe, Dr. Huber-Karlsruhe, Syndikus der Landeszentrale badischer Brauereien sowie Vertreter des Landesgewerbeamtes teil. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde dieser in der Hauptsache wiedergewählt. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Bierpreise in Baden einen Vergleich mit anderen Ländern, z. B. Bayern und Norddeutschland, wohl aushalten könnten, da sie um 12 und mehr Prozent niedriger seien. Über Herstellung heller Biere mit Berücksichtigung rationaler Hopfenverwendung sprach zunächst der Vorstand der staatlichen bionotechnischen Versuchsanstalt Weihenstephan, Ernst, während Direktor Eder von der Landesanstalt für Brauerei in Weihenstephan über Wirtschaftskalkulation und die wichtigsten Steuererlasse der jetzigen Zeit referierte.

Aus der bad. Landeskirche

Von der Kirchenregierung wurde Pfarrer Wilhelm Adernann in Obergimpern in den Ruhestand versetzt. Die in diesem Frühjahr abgehaltene 2. theol. Prüfung bestanden folgende 10 Kandidaten und wurden damit unter die badischen Pfarrkandidaten aufgenommen: Hans Berner von Rauer, Otto Becker von Buzsalo, Walter Erhardt von Oberkirch, Ernst Glatz von Mühlheim i. B., Walter Goss von Langenath, Gustav Hannich von Bretten, Wilhelm Deuser von Rastatt, Fritz Müller von Heidelberg, Friedrich Schanbacher von Emmendingen, Fritz Voges von Mannheim.

Am Sonntag, den 16. Juni, wird der Landesverein für Innere Mission sein 76. Jahresfest in Durlach abhalten; um 9 1/2 Uhr ist Festgottesdienst, nachm. 3 Uhr ist Festfeier in der evang. Stadtkirche, abends um 7 1/2 Uhr Familienabend im Gasthof „Zur Blume“ mit Vortrag und Einzelsprachen. Samstag nachm. vorher ist Hauptversammlung des Evang. Landesverbandes, montags darauf eine solche des Bad. Landesvereins für Innere Mission.

Bevorstehende kirchliche Tagungen

ep. Die diesjährige Hauptversammlung des Bad. Pfarrvereins findet Dienstag, den 10. Juni, in Karlsruhe statt. Sie beginnt nachm. 4 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung sind vorgesehen: ein Jahresbericht mit Rechnungsablage, Satzungsänderungen, Fragen der Gehaltsordnung, ein Bericht über die Wohlfahrtsvereinigungen des Pfarrvereins; ferner sollen verschiedene Anträge und Wünsche zur Erledigung kommen. — Der Oberheimische Christliche Jungmännerbund veranstaltet am Sonntag, den 29. Mai (Himmelfahrt) ein Jugendtreffen auf dem Thomashof bei Durlach. Am Abend vorher ist Vertreterversammlung in Karlsruhe. Am 24. August feiert er sein Bundesfest in Freiburg. Vom 19.—24. Juli ist die 3. süddeutsche Reichsfreizeit im Nordbachtal. — Am 15. Juni wird das 75. Jahresfest des Bad. Landesvereins für Innere Mission in Durlach, wo er einstweilen gegründet wurde, gefeiert. — Der Bad. Landeskirchengefangenen hält sein diesjähriges Jahresfest am 25. Mai in Forzheim in der Stadtkirche ab.

Kommunale Rundschau

Für den zweiten Bürgermeisterposten in Offenburg, der zur Bewerbung ausgeschrieben war und für den die Bewerbungsfrist am Montag abließ, haben sich sechs Kandidaten gemeldet. Die geringe Zahl der Bewerbungen läßt darauf schließen, daß das besetzte Gebiet von Offenburg wenig Neugier hat. Es kann aber auch als Grund hierfür der angenommen werden, daß nur Bewerber zugelassen wurden, die die Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen.

Bürgermeisterwahl. In Böhringen wurde Kaufmann Josef Schmutz mit 377 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der Gegenkandidat, Gutsverwalter Wehmer, erhielt 146 Stimmen. Herr Schmutz ist ein Böhringer Bürger, der bisher im In- und Ausland tätig war und zur Zeit in Frankfurt a. M. Prokurist in einem angesehenen Handelshause angestellt ist.

Kreisrat Freiburg. Infolge Zuteilung von Teilen der aufgehobenen Amtsbezirke Bonndorf und St. Blasien zum Amtsbezirk Neustadt und damit zum Kreis Freiburg wird auch eine Erweiterung der Kreisversammlung und des Kreisrates Freiburg erforderlich. Die in den vom Kreis Waldshut abgetrennten Gebietsteilen wohnhaften Kreisabgeordneten werden Mitglieder der Kreisversammlung Freiburg, dagegen treten die aus dem Kreisrat Waldshut ausscheidenden Kreisräte nicht ohne weiteres in den Kreisrat Freiburg über. Da die Kreisversammlung in der Regel jährlich nur einmal zusammentritt, die Kreisversammlung 1924 aber erst vor einigen Wochen tagte, hat der Kreisrat beschlossen, die zwei Kreisräte des Kreises Waldshut, welche in den dem Kreis Freiburg zugeordneten Gebieten wohnen, als Mitglieder des Kreisrates Freiburg zu bestimmen. Es wurden dann eine Reihe von Beiträgen bewilligt und kleinere Vorlagen erledigt.

Erholungsstätte für Kinder. Der Kreis Waldshut hat bereits seit dem Jahre 1922 während der Sommermonate in den Räumen der Landw. Kreiswinterschule auf dem prächtig gelegenen Schloß Hohenlupfen bei Stühlingen ein Kindererholungsheim eingerichtet, welches von barmherzigen Schwestern des Mutterhauses in Wühl (Baden) geleitet und alljährlich von erholungsbedürftigen Kindern aus der Stadt Freiburg durch Vermittlung des städtischen Jugendamtes Freiburg in Abteilungen von 40 Kindern auf die Dauer von je 6 Wochen besucht wird. Im Jahre 1923 waren durch das Jugendamt Freiburg auf Schloß Hohenlupfen 160 Kinder von Freiburg untergebracht. Auch in diesem Jahre haben bereits wieder 40 Freiburger Knaben ihren Einzug in das Erholungsheim gehalten, dieser Abteilung folgen 40 Mädchen und hierauf kommen 40 höhere Schüler aus der Stadt Freiburg nach dem Erholungsheim des Kreises Waldshut.

Aus der Landeshauptstadt

Richard-Strauß-Festwoche. Bei dem während der Richard-Strauß-Festwoche am Dienstag, den 3. Juni im großen Saale der Festhalle veranstalteten Sinfoniekonzert, welches der Meister persönlich dirigieren wird, wirkt neben dem verstärkten Landesoperorchesters das Orchester des Mannheimer Nationaltheaters mit (insgesamt 103 Musiker). Zur Aufführung gelangen die „Coppelia-Suite“ und „Eine Alpenfänsie“ für großes Orchester. Beide Werke kommen damit in Karlsruhe zum ersten Male zu Gehör. Die Vorproben zu dem Konzert, die in diesen Tagen beginnen, werden von Operndirektor Cortolozzi abgehalten.

Bad. Landestheater. Die am Montag, den 26. Mai stattfindende Schülervorstellung von Schillers „Jungfrau von Orléans“ ist auch dem allgemeinen Publikum zugänglich. — Die dritte Aufführung des Spiels „Der Schild des Archilochos“ von Wilhelm Bentner und der Molièreschen Komödie „Amphitryon“ nach Frey Stumpf, deren drastischer Humor auch bei der ersten Wiederholung unwiderstehlich zündende Wirkung ausübte, erfolgt am Mittwoch, den 28. Mai. Jbsens „Peer Gynt“ gelangt am Himmelfahrtstag, den 29. Mai zur achtzehnten hiesigen Aufführung. — Die Erneuerung des klassischen Spielplans wird durch die Neueinstudierung von Kleists „Rathchen von Heilbronn“ fortgesetzt, das am Samstag, den 31. Mai in völlig neuer Besetzung nach siebenjähriger Pause zum erstenmal wieder in Szene geht. Die Titelpolle wird Hansi Rasse spielen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Prof. Dr. Sieck von der Universität Heidelberg geht nach Bonn als Leiter der dortigen medizinischen Poliklinik. — Prof. Dr. Gumer hat einen Ruf als ordentl. Prof. für Geburtshilfe und Gynäkologie und Vorstand der Universitäts-Frauenklinik nach Innsbruck erhalten und angenommen.

Mannheim, 26. Mai. Die Metallindustrie von Mannheim-Ludwigshafen hat den Schiedsspruch des Landesschiedsrichters angenommen. Am Samstag ist ein neuer Schiedsspruch ergangen, der die Frage der Arbeiterregelung regelt. Hierüber wird heute eine Funktionärversammlung der Arbeitnehmer beschluss fassen, die voraussichtlich zustimmen wird, so daß am Dienstag oder Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen werden wird. — Nach einer weiteren Meldung ist der Konflikt als beigelegt anzusehen. Die Arbeit wird überall wieder aufgenommen.

D. J. Konstant, 25. Mai. Die am Straßenbau Beteiligten-Geselle beschäftigten hiesigen Erwerbslosen sind in den Ausstand getreten. Die Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe-Mitte beging am Sonntag die Feier ihres 25jährigen Bestehens.

Verschiedenes

Ein Schloßmuseum im Darmstädter Schloß. Wie andere ehemalige Residenzstädte — u. a. Karlsruhe, München, Berlin, Weimar und Wien — so hat auch die Stadt Darmstadt einen Teil des dortigen Residenzschlosses zu einem Museum eingerichtet. Unter Leitung des Grafen Hardenberg wurden die Repräsentationsräume, darunter auch der historische Saal, in dem ehemals die Thronreden verlesen und der Landtag eröffnet wurden, zu dem „Schloßmuseum“ ausgebaut, das vornehmlich als eine Art Militärmuseum angesehen werden darf. Das Museum gibt einen Überblick über die hiesigen militärischen Uniformen und Ausrüstungsstücke der vergangenen Jahrhunderte. Ausgestellt sind auch viele Kunstgegenstände aus dem türkischen Krieg. Zu den interessantesten Stücken der Ausstellung gehört das silberne Bein des Landgrafen Friedrich II von Hessen-Komburg, des Siegers von Fehrbellin 1675, den Kleist als „Prinz von Somburg“ verherlicht und verwirgt hat.

Ein Chinesenviertel in Berlin. Im Berliner Chinesenviertel, das sich seit einigen Monaten in der Langen-, Marx- und Krautstraße aufgetan hat, veranstaltete die Berliner Polizei

eine Razzia. Seit geraumer Zeit kiesen bei den Behörden zahlreiche Klagen darüber ein, daß die hausierenden Chinesen das Publikum täuschen und wertlosen Schund, der als „echt chinesische Arbeit“ angepriesen wird, für hohe Preise verkaufen. Die Söhne des Ostens hatten sich hier in Berlin ganz nach heimischer Weise eingerichtet und wohnen zu 16 und 17 Mann oft in einem Quartier zusammen mit deutschen jungen Mädchen und Frauen, auf deren Namen meist die Einkäufe der Waren getätigt wurden. Dabei hatten die Chinesen vielfach minderjährige und halbe Kinder in ihre Wohnungen gelockt und bei sich behalten. Die Chinesen bezogen ihre Waren sowie den angeblich „echt chinesischen Tee“, der sich als die geringste deutsche Teesorte entpuppte, in der Hauptsache von einer Firma in der Pringelstraße. Die Polizei ermittelte weiter, daß die Chinesen ihren gesamten Verdienst in fremde Salotten umgewandelt, von Zeit zu Zeit durch Vertrauensleute nach China schafften.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, Newyork, Paris, Schweiz, Prag, Wien) and exchange rates for 27. Mai and 26. Mai.

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Mündergelber und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Table listing various bonds and securities with their respective values and interest rates.

Staatsanzeiger

Nr. 39576. Steueranteile der Kreise. An die Gemeinden, Kreise und Staatsaufsichtsböden

Nach § 24 des Steuerverteilungsgesetzes in der Fassung des Rotgesetzes vom 3. März 1924 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 39) werden die Kreise an den Anteilen der Gemeinden an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nach Verhältniszahlen beteiligt, die sich für die Kreise aus dem Soll der für das Steuerjahr 1919 angelegten Kreisumlagen aus dem Einkommen und Kapitalvermögen und für die Gemeinden aus dem Soll der für das Steuerjahr 1919 angelegten Gemeindeumlagen aus dem Einkommen und Kapitalvermögen ergeben. Diese den Kreisen vom 1. Januar 1924 an zustehenden Anteile können aber von den Kreisen bei den einzelnen Gemeinden nur erhoben werden, wenn die Gemeinden den Kreisen die erforderlichen Berechnungsgrundlagen liefern und die Höhe der Steuerüberweisungen jeweils anzeigen. Ein derartiges Verfahren wäre sowohl für die Kreise, wie auch für die Gemeinden sehr umständlich und kostspielig. Das Finanzministerium, bei dem die Berechnungsgrundlagen schon vorliegen, hat sich nun im Interesse der Gemeinden und Kreise bereit erklärt, die Steueranteile der Kreise selbst zu errechnen, den Gemeinden bei den Steuerüberweisungen abzuziehen und den Kreisen in einer Summe zu überweisen. Von der Höhe

des in Abzug gebrachten Kreisanteils werden die Gemeinden bei der Überweisung ihres Steueranteils jeweils verständigigt werden.

Karlsruhe, den 24. Mai 1924. Der Minister des Innern Kemmelé

Bekanntmachung. Der zwischen den Nebenorten Fridingen und Brudersfelden der Gesamtgemeinde Fridingen, Amtsbezirk Überlingen, mit Zustimmung ihrer Gemeindevertretungen vom 14. März 1924 abgeschlossenen Vereinbarung über ihre Vereinigung zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Fridingen unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. April 1924 ab wurde gemäß § 104 Absatz 1 der Gemeindeordnung die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 24. Mai 1924. Der Minister des Innern Kemmelé

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums

Ernannt: Oberlandesgerichtsrat Dr. Levis, Ministerialdirektor Otto Peers, Ministerialrat Weikel zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofs.

Ministerium des Innern

Ernannt: Polizeiwachmeister Friedrich Wenzelburger in Heidelberg zum Polizeioberwachmeister. Rottenmeister Peter Ebert, Eduard Haas, Josef König, Alfred Schumacher in Mannheim, Emil Gushurst in Karlsruhe zu planmäßigen Polizeiwachmeistern.

Versetzt: Verwaltungsspektor Robert Kühn bei der Polizeidirektion Baden zum Bezirksamt Wühl, Verwaltungsobersekretär Leopold Kaiser beim ehemal. Bezirksamt Triberg zum Bezirksamt Siodach, Verwaltungsobersekretär Karl Wagner bei der Polizeidirektion Baden zum Bezirksamt Rastatt.

Zu den einwilligen Ruhestand versetzt: Polizeisekretär Johann Stephan in Forzheim. In den Ruhestand versetzt: Polizeiobersekretär Ludwig Nees beim Bezirksamt — Pol. Dir. — Forzheim.

Entlassen auf Ansuchen: Polizeiwachmeister Josef Bös in Heidelberg.

Justizministerium

Ernannt: die Justizobersekretäre August Herrmann beim Amtsgericht Karlsruhe und Karl Schäfer, sowie Wilhelm Schönbals beim Amtsgericht Mannheim zu Justizinspektoren, Oberaufseher Karl Schöfer bei der Landesstrafanstalt Bruchsal zum Oberverwalter, Aufseherin Stefanie Dast daselbst zum Oberverwalter, die Aufseher Maxus Ruster, Heinrich Maier, Wilhelm Meßler und Josef Wächler beim Landesgefängnis Freiburg, Paul Garr, Josef Schneider und Johann Killes beim Amtsgefängnis Mannheim, Karl Herr beim Amtsgefängnis I in Karlsruhe, Josef Michel beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstanz und Ludwig Meßler beim Amtsgefängnis Adelsheim zu Oberaufsehern.

Versetzt: die Gerichtsverwalter Alfred Paulus beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst und Richard Müller beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst; die Justizinspektoren Ludwig Schmalz beim Notariat Freiburg zum Landgericht daselbst und Gustav Vinninger bei der Staatsanwaltschaft Freiburg zum Notariat daselbst.

Ministerium der Finanzen

Versetzt: Bauobersekretär Martin Hanfmann in Offenburg zum Bezirksamt Wertheim.

In den Ruhestand versetzt: Förster Ludwig Eller in Oberheidelberg.

Gestorben: Hausmeister Karl Auber beim Amtsgericht Börtach.

Jagd-Versteigerungen. Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die meisten süddeutschen Jäger in Stadt und Land (auch viele Fischer) den „Deutschen Jäger“ München (erscheint wöchentlich am Donnerstag) lesen. Jagd- und Fischereiverpachtungsanzeigen gehören darum in erster Linie in diese Zeitschrift. (46. Jahrg.) Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“, München, Briemertstr. 9.

Jüngerer Stadtkassenbuchhalter für einige Monate zur Ausfülle sofort gesucht. Angebote unter D. 352 an die Expedition der Karlsruh. Ztg.

Die Handwerkskammerwahlen 1924 betr. Auf Anordnung des Landesgewerbeamts haben für die 1913 gewählten Mitglieder und Ersatzmänner der Handwerkskammern und ihrer Gesellenausschüsse Neuwahlen für eine sechsjährige Amtsdauer und für die 1919 Gewählten, die inzwischen durch Tod, Wegzug oder dergleichen ausgeschieden sind, Ersatzwahlen für eine dreijährige Amtsdauer stattzufinden.

Badisches Landestheater. Dienstag, 27. Mai. 7 1/2 - 10 Uhr. Sp. I. M. 5.40. Abonn. D 23. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7401-7800. Violetta (La Traviata). Badisches Landestheater. Mittwoch, 28. Mai. 7 1/2 - 11 Uhr. Sp. I. M. 4.20. Abonnement C 23. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101-2200, 3801-4000. Der Schild des Archilochos. Hierauf: Amphitryon. Wohnungstausch Sinsheim (Elsenz) - Heidelberg. 1. Ein Einfamilienhaus, 3 Zimmer, große Wohnküche, 2 Speicher, der erste zum Ausbau von zwei weiteren Zimmern geeignet, sämtliches Zubehör, 3a großes Gärtchen, elektrisches Licht, in bester Lage (Gartenstadt), 2. schöne 4 ebentl. 5 Zimmerwohnung mit sämtlichem Zubehör in guter Lage, zu tauschen gegen 2 entsprechende Wohnungen in Heidelberg (Weststadt). Eventl. Ringtausch über andere Stadt. D.343.3.1 Angebote an Finanzsekretär Wilhelm Brenntz, Sinsheim (Elsenz), Gartenstadt.

Volksschauspiel Ötigheim. Aufführung: Jeden Sonntag vom 1. Juni bis 5. Oktober. Ausgenommen: 29. Juni, 13. Juli und 31. August. — 700 Mitwirkende — Preise: 1-6 Mk., Stehplatz 50 Pfg. Anfang 1/2 Uhr Ende 1/2 7 Uhr. Fahrpreismäßigung durch Sonntagfahrkarten. Vorverkauf: Ötigheim Theaterkasse, Tel. 61 Rastatt. Vorverkaufsstellen: Herder'sche Buchhandlung, Zeitungskiosk beim Hotel Germania, Buchhandlung Kraus, Baumeisterstr. 4, Zigarrengesch. Herrmann, Sofienstr. 126.

Badisches Landestheater. Dienstag, 27. Mai. 7 1/2 - 10 Uhr. Sp. I. M. 5.40. Abonn. D 23. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7401-7800. Violetta (La Traviata).

Badisches Landestheater. Mittwoch, 28. Mai. 7 1/2 - 11 Uhr. Sp. I. M. 4.20. Abonnement C 23. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101-2200, 3801-4000. Der Schild des Archilochos. Hierauf: Amphitryon.

Wohnungstausch Sinsheim (Elsenz) - Heidelberg. 1. Ein Einfamilienhaus, 3 Zimmer, große Wohnküche, 2 Speicher, der erste zum Ausbau von zwei weiteren Zimmern geeignet, sämtliches Zubehör, 3a großes Gärtchen, elektrisches Licht, in bester Lage (Gartenstadt), 2. schöne 4 ebentl. 5 Zimmerwohnung mit sämtlichem Zubehör in guter Lage, zu tauschen gegen 2 entsprechende Wohnungen in Heidelberg (Weststadt). Eventl. Ringtausch über andere Stadt. D.343.3.1 Angebote an Finanzsekretär Wilhelm Brenntz, Sinsheim (Elsenz), Gartenstadt.

Kisse! empfiehlt Blaufelchen Schellfisch Cabliau Riesen-Lachshering Stück 30 Pfg. Matjesfilet Stück 15 Pfg. Neue Kartoffeln Oelsardinen Dose von 23 Pfg. an Orangen, Apfel Weintrauben Frische D.360 Ananas Stück ca. 5.- Mk.

Kisse! Kaiserstraße 150

Kamleiagehilfe. Für 19 1/2 Jahr, bei mir besch. Gesellen, im Grundbuchwesen und Verwaltung erfahren, welchen ich best. empfehlen kann, suche für sofort oder später Stelle. Geff. Angebote unter D.359 an die Exp. der Karlsruh. Ztg.

Bekanntmachung. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit meinem Einverständnis das auf Papiermarkt lautende Notgeld der Deutschen Reichsbahn und die Gutscheine der Reichsbahndirektionen mit Einlösungsfreist bis zum 16. Juni 1924 ausgerufen. Der Austausch gegen andere Zahlungsmittel erfolgt innerhalb dieser Zeit bei allen Eisenbahnstationen. Nach dem 16. Juni erfolgt die Einlösung nur noch bei der Hauptkasse der Reichsbahndirektion Berlin bis zum 16. Juli 1924. D.538 Das auf Dollar und Goldmark lautende wertbeständige Notgeld der Deutschen Reichsbahn bleibt in vollem Umfange bis auf weiteres im Umlauf und wird vom Aufs. nicht berührt. Berlin, 15. Mai 1924. Der Reichsverkehrsminister In Vertretung: gez. Bogt.

Metallbetten. Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Süßl (Ephr.) 5 Mark täglich verdient jeder durch leicht Schreibebeit im eigenen Heim. Muster und Anleitung gegen Einsendung von Renten-Mark 1.- an B. Pfennig, Halle (S.) Humboldtstraße 41.